

Celle, 30.1.2012

Antrag

Die Verwaltung der Stadt Celle wird beauftragt, eine Teilaufgabenträgerschaft für den ÖPNV im Stadtgebiet rechtlich zu prüfen und die Kosten dafür zu ermitteln.

Begründung

Der ÖPNV in der Stadt Celle wird ab April voraussichtlich stark eingeschränkt werden. Dieses ist laut CeBus als Vertragspartner des Landkreises aus wirtschaftlichen Gründen unumgänglich. Für die Einwohnerinnen und Einwohner bedeutet das eine unzumutbare Einschränkung der Mobilität und Lebensqualität, insbesondere im Hinblick auf den demografischen Wandel und der daraus folgenden Abnahme des Individualverkehrs. Eine dauerhafte finanzielle Unterstützung des ÖPNV, wie es in anderen Landkreisen üblich ist, ist im LK Celle nicht vorgesehen. Die Stadt hatte bereits 2001 die Nahverkehrsplanung an den Landkreis übertragen, ohne sich zukünftige Einflussmöglichkeiten zu sichern. Gleichwohl bleibt der ÖPNV eine Aufgabe der Daseinsvorsorge.

Nimmt man die Aussagen der Politik ernst, sich für die Belange der Celler Einwohnerinnen und Einwohner einsetzen zu wollen, so gehört dazu unbedingt eine Möglichkeit, auch ohne den umweltbelastenden Individualverkehr Einkäufe, Arzt- und andere Besuche erledigen zu können. Durch die Übertragung des ÖPNVs an den Landkreis im Jahr 2001 hat sich die Stadt Celle eine direkte Beeinflussung darauf verbaut. Diese direkte Einflussnahme muss wieder hergestellt werden.

Georgia Langhans

Juliane Schrader

Fraktionsvorsitzende

stellvertr. Fraktionsvorsitzende